

Einkommensrunde 2023
abgeschlossen –

5

mit dbb seiten

Rückblick und Ergebnis

MAGAZIN

Mai 2023 • 73. Jahrgang



› Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nun steht die Einigung in der Tarifaueinandersetzung also fest. Ob das Ergebnis gut oder schlecht, tragbar oder nicht tragbar, verantwortbar oder unverantwortlich ist, das hat in den letzten Tagen die Presse und vielleicht auch die Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen bestimmt. Klar ist, dass die Befürworter ebenso wie die Kritiker der Vereinbarung jeweils gute Gründe für die jeweilige Meinung haben.

Die beschriebene Ausgangslage für die Betrachtung der Situation der Beschäftigten wurde offensichtlich bis zum Schluss stark unterschiedlich bewertet. Lesen Sie bitte den Bericht unseres Streikleiters und Mitglieds der Verhandlungskommission, Ludwig Hofmann, über die Chronik der Tarifverhandlungen, zuletzt in Potsdam.

Ein Kompromiss steht nicht völlig überraschend am Ende von Verhandlungen, insoweit ist dieser Umstand nicht neu. Dass es bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der eigenen Beschäftigten, deren höheren Lebenshaltungskosten und Belastungen durch die Arbeitgeber zu völlig anderen Einschätzungen bis zum Schluss gekommen ist, lässt allerdings mehr als aufhorchen. Das stärkt die Besorgnis, dass der Arbeitgeberseite im öffentlichen Dienst die Dramatik des wachsenden Fachkräftemangels offensichtlich nicht bewusst ist. Es fehlen bereits heute Hunderttausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gesamten öffentlichen Dienst des Bundes, der Länder und der Kommunen. Dennoch produzieren die politisch Verantwortlichen wie am Fließband fleißig weitere Regelwerksverkomplizierungen und Zusatzaufgaben.

Wenn man sich dessen bewusst ist, so ist es auch hier an den Gewerkschaften, das politische Berlin auf diese zunehmend für alle Betroffenen, Beschäftigte und Arbeitgeber dramatischere Entwicklung mit Nachdruck hinzuweisen. Das tue ich regelmäßig in meinen Gesprächen, zuletzt auch bei meinem Antrittsbesuch bei Staatssekretär Krösser im Bundesministerium des Inneren und für Heimat. Lesen Sie in dieser Ausgabe einen Kurzbericht dazu.

Bei den Tarifverhandlungen wird auch über die Zukunft des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen verhandelt. Wenn es – wie diesmal – nicht wirklich gelingt, eine gemeinsame Situationsbeschreibung am Verhandlungstisch zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften als Basis für die Überlegungen zu einer Verhandlungslösung zu finden, dann haben wir neben den tariflichen Fragen noch ganz andere Probleme im Bund.

Am 21. und 22. April 2023 fand die Frühjahrstagung des Bundeshauptvorstandes in Siegburg statt. Die Tagung war in mehrfacher Hinsicht durch die Tarifverhandlungen geprägt. So verhinderten Streiks in anderen Tarifaueinandersetzungen, dass eine Anreise per Zug oder Flugzeug für die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes am Anreisetag möglich war. Ein zentrales Thema der Veranstaltung war natürlich auch die Diskussion zum Schlichterspruch der Tarifverhandlungen Bund und Kommunen. Lesen Sie den Bericht zur Sitzung ebenfalls in dieser Ausgabe.

Den Kontakt mit den Kooperationspartnern, die unseren Mitgliedern Vorteile über deren Mitgliedschaft im vbob bei Dienstleistungen bieten, zu pflegen, dazu gehört auch der Austausch zu aktuellen Themen und deren Auswirkungen auf bestehende Systeme. Über den Gesetzentwurf zur amtsangemessenen Alimentation und weitere aktuelle Vorhaben der Bundesregierung habe ich mich mit dem Vorstandsvorsitzenden der DebeKa-Gruppe in Koblenz ausgetauscht. Auch hierzu finden Sie einen Kurzbericht in dieser Ausgabe.

Zusammenhalt ist Zukunft, das ist das Motto einer Mitgliederwerbeaktion, die im Rahmen der Sitzung des Bundeshauptvorstandes gestartet wurde. Wie schon an dieser Stelle oder auch in aktuellen Informationen des vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte beschrieben, verweigern sich die öffentlichen Arbeitgeber einer Diskussion über die Zukunft von Beschäftigung und der Beschäftigten im Bereich der Bundesverwaltung. Eine starke Interessenvertretung erreicht als gewerkschaftlich gestützte Personalvertretung vor Ort ebenso wie der vbob als Gesprächspartner der Politik die Entscheidungsebene. Wer glaubt, man könne auch ohne eine starke Interessenvertretung seine Interessen durchsetzen, der täuscht sich. Die Mitgliederzahlen und die damit verbundene Wirksamkeit bei der Durchsetzung der Interessen sind von zentraler Bedeutung. Wir wollen die Veränderungen der Arbeitswelt auf Bundesebene maßgeblich mitgestalten und daher brauchen wir Ihre Unterstützung bei der Werbung neuer Mitglieder für den vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte! Damit sich das lohnt, wird es Preise für Werberinnen und Werber sowie Neumitglieder geben. Informieren Sie sich auch dazu in dieser Ausgabe.

Genießen Sie den Wonnemonat und bleiben Sie gesund!

Ihr

Frank Gehlen
Bundesvorsitzender

> Inhalt

> Einkommensrunde 2023 abgeschlossen – Rückblick und Ergebnis	4
> Frühjahrssitzung des Bundeshauptvorstandes	8
> Mitgliederwerbeaktion startet am 1. Mai 2023: „Zusammenhalt ist Zukunft!“	9
> Kommentierte Pressestimmen	10
> Im Dialog mit Bernd Krösser, neuer Staatssekretär im BMI	12
> Besuch beim Kooperationspartner: vbob Bundesvorsitzender besucht die Debeka in Koblenz	12

> dbb

> Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG): Bundesregierung kassiert Entlastungsbudget	13
> Einkommensrunde 2023: Tarifabschluss mit bis zu 16 Prozent mehr Einkommen	14
> dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST digital: „Tätowiert – war's das mit der Verbeamtung?“	16
> Interview Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr	18
> Reportage Wasserversorgung: Mit Nachhaltigkeit gegen Wasserstress	24
> Klimaschutz: Aktionspläne gegen Hitzefolgen dringend gesucht	32
> Quarterlife Crisis: Strategien gegen Sinnkrise und Zukunftsangst	34
> Altersgerechtes Leben: Was Daseinsvorsorge für Senioren leisten muss	36
> Familienbarometer: Eltern brauchen mehr Unterstützung	42
> Gewerkschaften	44

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundsvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** vbob, Reimo Schaaf, Friedhelm Windmüller, Jan Brenner, Anne Hoffmann, Debeka.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 42,70 Euro zzgl. 7,90 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,80 Euro zzgl. 1,70 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 64 (dbb magazin) und Preisliste 43 (vbob Magazin),** gültig ab 1.1.2023. **Druckauflage dbb magazin:** 552 967 (IVW 1/2023). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

Einkommensrunde 2023

Die Belastungen der Bundesgeschäftsstelle und des Hauptstadtbüros sowie der Bundesstreikleitung durch die Tarifverhandlungen war in den zurückliegenden Monaten, neben allen anderen Aufgaben, sehr hoch, denn schon Ende des vergangenen Jahres mussten administrative Vorbereitungen getroffen werden. Die Benennung von Streikleitungen durch die Fachgruppen war ebenfalls notwendig.



© Friedhelm Windmüller

In zwei Videokonferenzen mit den Streikleitungen wurden die wichtigsten Themen und Sachstände zu Streiks erörtert sowie Fragen zu den rechtlichen Folgen und Konsequenzen für die teilnehmenden vbob Mitglieder beantwortet. Einen großen Umfang nahmen dabei zunächst die organisatorischen Fragestellungen zur Durchführung von Arbeitsniederlegungen ein. Später konnten dann schon erste konkrete Aktionen besprochen und die letzten offenen Fragen, insbesondere zum Streikgeld beziehungsweise Streikhandgeld geklärt werden.

> Rückblick

Die ersten Arbeitskampfmaßnahmen mit vbob Mitgliedern

begannen nach der ersten Verhandlungsrunde in Potsdam. Die Maßnahmen fanden teils mit anderen Mitgliedsgewerkschaften des dbb als auch als eigene vbob Veranstaltungen statt. Insbesondere die ersten Aktionen haben alle Verantwortlichen der zuständigen Fachgruppenvorstände als auch des Bundesvorstandes sehr gefordert, musste doch an vielen Stellen Neuland betreten werden. Insbesondere Kundgebungen ohne Beteiligung anderer dbb Gewerkschaften waren organisatorisch eine Herausforderung.

Insgesamt wurden durch vbob Mitglieder zwischen erster und zweiter Verhandlungsrunde zwei Arbeitskampfmaßnahmen durchgeführt:



abgeschlossen – Rückblick und Ergebnis

7. Februar 2023

Streik der Fachgruppe Kraftfahrtbundesamt unter Beteiligung von 150 Mitgliedern in Flensburg zusammen mit der komba sowie der VAB. Dieser Streik war von einem Demonstrationszug durch Flensburg mit anschließender Kundgebung am Südermarkt begleitet.

17. Februar 2023

Einstündiger Warnstreik mit Kundgebung vor dem Gebäude des Bundesnachrichtendienstes unter Beteiligung von circa 50 vbob Mitgliedern mehrerer Fachgruppen aus Berlin. Diese Aktion war sowohl für die Fachgruppe als auch für die Behörde neu und ungewohnt.

Die zweite Verhandlungsrunde am 22. und 23. Februar 2023 endete mit einem erst am zweiten Verhandlungstag durch die Arbeitgeber erarbeiteten Angebot mit folgenden Konditionen für den Bereich Bund:

- > 1 500 Euro Inflationsausgleich ab 4/2023 und weitere 1 000 Euro ab 01/2024
- > 3 Prozent lineare Einkommenssteigerung ab 10/2023
- > weitere 2 Prozent lineare Einkommenssteigerung ab 06/2024
- > Laufzeit 27 Monate
- > Erhöhung der Jahressonderzahlung für die EG bis 9a auf 100 Prozent
- > Erhöhung der Jahressonderzahlung für die EG 9b bis 12 auf 90 Prozent
- > Erhöhung der Jahressonderzahlung für die EG 13 bis 15 auf 80 Prozent

- > Keine Verlängerung der Altersteilzeit
- > Kein Mindestbetrag
- > Keine Aussage zu den Forderungen der Auszubildenden

Dieses Angebot wurde rundweg abgelehnt, enthielt es doch mehrere Stolperstellen zum Nachteil der Kolleginnen und Kollegen sowie keinen Mindestbetrag. Ebenso wurde die tabellenwirksame Erhöhung auch angesichts der langen Laufzeit als zu gering angesehen und führte erwartungsgemäß zu weiteren Aktionen.

In dieser Phase zeigten die Fachgruppen, dass auch der vbob Arbeitskampf kann und es erfolgten weitere stunden- bis ganztägige Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen.

27. Februar 2023

Warnstreik und Demonstrationszug der Fachgruppen aus Bonn und Umgebung zusammen mit der komba.

2. März 2023

Aktion der dbb Jugend am Brandenburger Tor in Berlin unter Mitwirkung der vbob Jugend.

2. März 2023

Ganztägiger Streik mit Demonstrationszug der Fachgruppe Kraftfahrtbundesamt unter Beteiligung von circa 100 Mitgliedern zusammen mit der komba und der VAB in Kiel.

21. März 2023

Streik und Kundgebung in Koblenz der Fachgruppe Bundesarchiv zusammen mit der komba und VBA.



22. März 2023

Streik und Großdemonstrationszug des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften in Berlin von der Friedrichstraße zum Sitz der Bundesinnenministerin mit etwa 2000 Teilnehmenden, davon 150 vbob Mitglieder.

23. März 2023

Streik und Großdemonstration in Nürnberg unter Mitwirkung der Fachgruppen BAMF und BIMA

24. März 2023

Stundenweiser Warnstreik und Kundgebung in Bonn ausschließlich mit etwa 200 vbob Mitgliedern. Hervorzuheben war hier die große mediale Aufmerksamkeit unserer Aktion.

Am 27. März 2023 begann erneut im Kongresshotel in Potsdam die dritte Verhandlungsrunde. Diese wurde aufgrund des bisherigen Arbeitgeberverhaltens schon auf vier Tage veranschlagt.

Die Arbeitgeber waren wieder schlecht vorbereitet und es

verwunderte daher nicht, dass sich die Verhandlungen als zäh und ermüdend zeigten und letztlich auch zu einem Scheitern führten.

In dem durch die Arbeitgeber beantragten Schlichtungsverfahren wurde unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen ein neuer Lösungsansatz erarbeitet.

Die 4. und letzte Runde

Bei strahlendem Sonnenschein fand dann am 22. April 2023 die 4. Verhandlungsrunde für die Beschäftigten der kommunalen Arbeitgeber und des Bundes statt.

Der vorliegende Schlichtungsvorschlag wurde zunächst innerhalb der Verhandlungskommission des dbb und anschließend mit der dbb Bundestarifkommission diskutiert. Konsens innerhalb der Verhandlungskommission war, dass der Vorschlag der Schlichtungskommission erklärungsbedürftig ist. Insbesondere die Mischung aus Sockelbetrag, lineare Erhöhung und Mindest-



betrag führte bei den Kolleginnen und Kollegen zu Verwirrung und anfänglich auch zu Ablehnung.

Die Rückmeldungen aus den Mitgliedsgewerkschaften schwankten dann auch zwischen „gut“ und „mit Bauchschmerzen annehmbar“.

Verbesserungen wurden auch durch den vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte insbesondere für die Bereiche Übernahme der Auszubildenden, Laufzeit und Altersteilzeit gefordert.

Nochmalige Versuche, die Arbeitgeber gerade in den von uns angesprochenen Bereichen Altersteilzeit und Laufzeit umzustimmen, waren leider erfolglos.

Dem Ergebnis aus langwierigen und schwierigen Verhandlungen und letztlich der Schlichtung wurde deshalb durch die Bundestarifkommission am 22. April 2023 kurz vor Mitternacht zugestimmt.

Klar ist, dass die Arbeitgeber unverändert wenig Verständnis für die Nöte der Beschäftigten aufgebracht haben, auch wenn sie zuletzt über ihre ursprünglichen Planungen hinausgegangen sind. Bewirkt hat das Einlenken letztlich der Druck auf der Straße, der so hoch wie noch in keiner Tarifrunde vorher war.

Es hat sich gezeigt, dass Engagement und Eintreten für die eigenen Interessen lohnt. Drei erfolglose Tarifrunden und letztlich das Erzwingen eines Schlichtungsverfahrens mit einer weiteren Verhandlungsrunde sprechen für sich.

Auch die Beteiligung der Mitglieder des vbob an denen für uns vielfach ungewohnten stunden- oder tageweisen Arbeitsniederlegungen, übrigens dankenswerterweise in großer Zahl auch durch verbeamtete Mitglieder und oft in Zusam-



Unsere Mitglieder der BTK, Claudia Goeke und Ludwig Hofmann, (2. Reihe) während der 3. Verhandlungsrunde.

menarbeit mit anderen dbb Gewerkschaften zeigt die hohe Notwendigkeit für Arbeitskampf, die für diesen Abschluss erforderlich war.

Was wurde nun konkret erreicht?

Der nunmehr abgeschlossene Vertrag, mit einem vor einigen Wochen noch nicht vorhersehbar hohen Volumen, sieht vor, dass die Mitglieder des vbob am 1. März 2024 eine Erhöhung von 200 Euro erhalten. Unmittelbar danach wird das dann erhöhte Gehalt nochmals um 5,5 Prozent erhöht. So entsteht ein Ergebnis, das, je nach Entgeltgruppe, zwischen etwa 8 Prozent in den höchsten Entgeltgruppen und 15 Prozent in den unteren Entgeltgruppen vorsieht. Im Durchschnitt erhöhen sich die Bezüge damit um etwa 11,5 Prozent und damit um einen Punkt mehr als gefordert.

Beim Mindestbetrag wurden 340 Euro Einkommenszuwachs erreicht. Dieser wird jedoch bereits in der Entgeltgruppe 2 aufgrund der hohen linearen Erhöhung überschritten.

Die Zeit bis zur Erhöhung wird mit einem Inflationsausgleich abgedeckt. Dieser sieht eine Zahlung von einmalig 1 240 Euro im Juni 2023 und monatlich 220 Euro von Juli 2023 bis Februar 2024 vor. Damit wird der zulässige Inflationsausgleich von 3 000 Euro steuer-

und sozialabgabenfrei zur Gänze ausgeschöpft.

Für die Auszubildenden wird der Inflationsausgleich zur Hälfte bezahlt und die Ausbildungsvergütung steigt ab dem 1. März 2023 um 150 Euro.

Die Vereinbarung zur Alterszeit wurde durch die Bundesinnenministerin kategorisch abgelehnt, wogegen die Kommunen die Vereinbarung gegen eine zeitliche Verschiebung der linearen Erhöhung ermöglicht hätten. Hier sollten also die Generationen gegeneinander ausgespielt werden.

Letztlich war der geforderte Preis der Altersteilzeit zulasten aller Beschäftigten zu hoch.

Auch bei der Laufzeit von 24 Monaten mussten Abstriche hingenommen werden. Das war aber in bisher allen Tarifrunden der Fall und kaum jemand konnte erwarten, dass die Laufzeit ohne Nachgeben der Gewerkschaften bei den finanziellen Forderungen reduziert werden wird.

Ein großer Erfolg konnte mit der wieder in Kraft gesetzten Regelung zur Übernahme von Auszubildenden erreicht werden. Diese läuft nunmehr befristet bis zum 31. Dezember 2024 und muss danach erneut verhandelt werden.

Insgesamt gesehen stellt der Tarifabschluss des öffentlichen

Dienstes von Bund und Kommunen eine deutliche Erhöhung der Gehälter dar und ist auch im Vergleich zu allen anderen Lohnabschlüssen seit der starken Inflationssteigerung wie etwa die Abschlüsse der IG Metall oder der Post weit besser.

Besonders die unteren Entgeltgruppen profitieren bei der Erhöhung der Tabellenwerte deutlich.

Die Übertragung auf die Besoldung der Beamtinnen und Beamten muss noch geklärt werden, denn die Kombination aus Sockelbetrag, linearer Erhöhung und Mindestbetrag kann für eine amtsangemessene Alimentation nicht unverändert übernommen werden. Die Einkommensrunde wird also erst dann beendet sein, wenn das Volumen der Tarifeinigung zeitgleich und systemgerecht auf die Bundesbeamtinnen und -beamten übertragen ist.

Die hohe Inflation trifft alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen. Rentnerinnen und Rentner sowie die Pensionärinnen und Pensionäre benötigen daher ebenfalls eine Lösung. Diese Lösung kann aber nicht in Einkommensverhandlungen erarbeitet werden.

Der Dank gilt an dieser Stelle allen örtlichen Streikleitungen, den unterstützenden Fachgruppenvorsitzenden, Gabi Ruppert und Anne Hoffmann aus den Geschäftsstellen des vbob und nicht zuletzt allen Mitgliedern, die an Demonstrationen und Warnstreiks teilgenommen haben, auch wenn dafür Urlaub oder Zeitausgleich genommen werden musste.

Der vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte hat gezeigt, dass er auch Arbeitskampf kann und die Solidarität groß ist, wenn sie benötigt wird.



© Anne Hoffmann (3)

> Der Bundeshauptvorstand entlastet den Bundesvorstand.

Frühjahrssitzung des Bundeshauptvorstandes

Am 21. und 22. April 2023 fand die zweite Sitzung des Bundeshauptvorstandes in Präsenz in Siegburg statt. Aufgrund von Streikmaßnahmen in anderen Tarifkonflikten konnten nicht alle Fachgruppenvorsitzenden vor Ort sein und so wurde kurzerhand eine ungeplante Hybridveranstaltung aus der Sitzung.

Zu Beginn begrüßte Bundesvorsitzender Frank Gehlen neben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor Ort und via Videochatte in Siegburg auch die Herren Frank Stöcker und Alessandro Gangale von Swiss Life select als Partner des dbb Vorsorgewerkes, die dem Gremium die Vorteile für Mitglieder des vbob zum Zwecke der Mitgliederwerbung erläuterten.

Nach dem offiziellen Beginn der Sitzung begrüßte Frank Gehlen die neuen Mitglieder des Bundeshauptvorstandes und verabschiedete im Anschluss die langjährigen Mitglieder Brigitte Becker von der Fachgruppe Bundeskriminal-

amt und Norbert Haack von der Fachgruppe Kraftfahrtbundesamt. Den Dank für jeweils über 20 Jahre Fachgruppenvorsitz in ihren Fachgruppen und die damit verbundene Zugehörigkeit zum Gremium formulierte Gehlen dabei im Namen aller Mitglieder. Beide nahmen die Gelegenheit wahr, sich mit persönlichen Worten aus dem Gremium zu verabschieden.

Ein Schwerpunkt der Diskussion am ersten Sitzungstag waren die Tarifverhandlungen. Frank Gehlen bedankte sich unter Beifall des Bundeshauptvorstandes bei Streikleiter Ludwig Hofmann, Gabriele Ruppert und Anne Hoffmann

für die Bewältigung der umfangreichen Zusatzaufgaben im Zusammenhang mit den Warnstreiks und Demonstrationen ebenso wie bei den Fachgruppen, deren Mitglieder sich an den Maßnahmen beteiligt haben. Gemessen an der Gesamtmitgliederzahl des vbob wäre auch hier eine höhere Beteiligung vorstellbar gewesen.

Der zu diesem Zeitpunkt noch als Vorschlag der Schlichtungskommission im Raum stehende Inhalt der Schlichtungsvereinbarung wurde ebenso diskutiert. Dieser wurde auch im Kreise des Bundeshauptvorstandes kritisch bewertet, auch die Verständlichkeit des



> Mit Brigitte Becker verabschiedet sich eine kritische Stimme aus dem BuHaVo.

Entwurfes. Nicht nur die Höhe der zu verhandelnden Beträge, auch die Ablehnung der Arbeitgeber zur Verlängerung des Tarifvertrages Altersteilzeit sowie die Weigerung, Auszubildende mit bestandener Prüfung auf Dauer zu übernehmen, sorgten für Unverständnis. Ein erneutes Scheitern der Verhandlungen und die darauffolgende mögliche Urabstimmung wurden ebenfalls diskutiert.

Die Rechnungsprüfer berichteten dem Gremium über eine vollzogene Kassenprüfung ohne Beanstandungen und mit einem positiven Gesamtergebnis. Der Dank ging an Bundesschatzmeister Dirk Rörig und an die Buchhaltung mit Beatrix Rörig. Die Entlastung des Bundesvorstandes auf Vorschlag der Rechnungsprüfer wurde durch die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes erteilt.

Die weiteren Themen waren die Vorbereitungen der Personalratswahlen 2024 und

die damit verbundenen Wünsche aus der Mandatsträgerrunde sowie Schulungsmaßnahmen für Wahlvorstände und die Beschaffung von Werbematerial durch die Bundesgeschäftsstelle. Unter dem Tagungsordnungspunkt Organisation wurde die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe Organisationsentwicklung durch den Bundeshauptvorstand beschlossen. Diese soll aus Mitgliedern des Bundesvorstandes, des Bundeshauptvorstandes und der Fachgruppen besetzt werden und sich mit der



> Nach über 20 Jahren übergibt auch Norbert Haack den Staffeltab.

Frage der künftigen Entwicklung der Organisation des vbob beschäftigen.

Unter dem Punkt Öffentlichkeitsarbeit wurde über den Testlauf für verschiedene Varianten einer möglichen vbob App berichtet, diese kurz gezeigt und im Anschluss darüber diskutiert. Der Bundeshauptvorstand hat den Bundesvorstand gebeten, die schnellstmögliche Einführung einer App-Lösung voranzutreiben.

fg

Mitgliederwerbeaktion startet am 1. Mai 2023

„Zusammenhalt ist Zukunft!“

Unter dem Motto „Zusammenhalt ist Zukunft!“ – Mitglieder werben Mitglieder – startet zum 1. Mai 2023 eine Mitgliederwerbeaktion.

Wir sind bereits eine starke Gemeinschaft, unsere vbob Familie soll jedoch noch größer werden!

Sprechen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen an und gewinnen Sie diese für den vbob. Nur gemeinsam können wir etwas bewirken und die Zukunft gestalten. Je größer unser Verband ist, desto stärker ist unsere Überzeugungskraft, mit der wir uns für die Beschäftigten in der Bundesverwaltung einsetzen können.

Es warten tolle Preise auf Sie!

Wer zwischen **1. Mai 2023 und 31. Mai 2024** neue Mitglieder für den vbob wirbt, kann gewinnen:

- > 1. Preis: Urlaubsgutschein in Höhe von 400 Euro
- > 2. Preis: Wunschgutschein in Höhe von 200 Euro
- > 3. Preis: Wunschgutschein in Höhe von 100 Euro

Darüber hinaus erhalten alle Werberinnen und Werber, wie üblich, 15 Euro.

Die erfolgreichste Fachgruppe erhält zudem 300 Euro für eine Veranstaltung ihrer Wahl.



Scannen Sie unsere QR-Codes.

vbob
GEWERKSCHAFT BUNDESBE SCHÄFTIGTE

© vbob

Los geht's - Zusammenhalt ist Zukunft

Beitritt Prämien

Leistungen dbb Vorteilsweit

Nähe ist unsere Stärke

vbob GEWERKSCHAFT BUNDESBE SCHÄFTIGTE
Dreizehnmorgenweg 36 • 53175 Bonn
Telefon +49 228 9579653 • Telefax +49 228 9579654
Friedrichstraße 109 • 10117 Berlin
Telefon +49 30 40816900 • Telefax +49 30 40816930
Redaktion: Gabriele Ruppert
Layout: Gabriele Ruppert, DEKU-Werbung GbR
Satz und Druck: DEKU-Werbung GbR

Fotos: © Alamy, Vladimir Seduk, Andre Bony, Rochelle - stock.adobe.com

vbob.de

Unter allen Neumitgliedern im Aktionszeitraum werden drei Warengutscheine im Wert von je 100 Euro ausgelost. Zudem können sich Neumitglieder im dbb vorteilsClub registrieren und für 3 Jahre eine kostenfreie Auslandsreise-Krankenversicherung oder einen 15 Euro Einkaufsgutschein erhalten.

Einziges Bedingung: Kein Aus- und Wiedereintritt von bestehenden vbob Mitgliedern während des Aktionszeitraums.

Machen Sie mit, es lohnt sich!



© Björn Wylezich/
stock.adobe.com

Kommentierte Pressestimmen

Wer im öffentlichen Dienst arbeitet, bekommt bald deutlich mehr Geld. Gewerkschaften und Arbeitgeber einigen sich nach stundenlangen Verhandlungen in Potsdam auf einen „historischen“ Tarifanstieg. Die Kommunen sehen Zusatzkosten in Milliardenhöhe auf sich zukommen. Gleichwohl betonte der dbb Vorsitzende Ulrich Silberbach: „Wir haben eine Inflationsausgleichsprämie, die jetzt in der Startphase zunächst mal über den Berg hilft.“

■ Kompromiss nach harten Verhandlungen

„Tarifstreit im öffentlichen Dienst: Kompromiss nach langen Kämpfen“, dpa vom 24. April 2023.

Mit der größten Tarifierhöhung seit Jahrzehnten wird für rund 2,5 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der drastische Anstieg der Verbraucher- und Energiepreise abgefedert. Darauf einigten sich Bund, Kommunen und Gewerkschaften in einer weiteren zähen Verhandlungsrunde in Potsdam.

Arbeitnehmer der Länder sind davon nicht betroffen, für sie gilt ein eigenständiger Tarifvertrag. Zunächst sollen steuer- und abgabenfreie Einmal-

zahlungen in Höhe von insgesamt 3 000 Euro die Auswirkungen der Inflation für die Beschäftigten von Bund und Kommunen dämpfen. Die ersten 1 240 Euro gibt es bereits – abgabefrei – im Juni. Ab Juli und bis Februar 2024 sollen dann monatlich jeweils 220 Euro fließen. Ab März 2024 erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter laut Vereinbarung dann als weiteres Plus einen Sockelbetrag von monatlich 200 Euro brutto sowie eine anschließende Erhöhung von 5,5 Prozent – mindestens aber 340 Euro brutto – mehr. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages beträgt 24 Monate.

Mit dem Abschluss übernehmen die Tarifparteien in den Kernpunkten die Schlichtungs-

empfehlung. „Wir sind uns unserer großen Verantwortung bewusst für die Beschäftigten, für die öffentlichen Haushalte, für die soziale Gerechtigkeit und für einen starken und handlungsfähigen Staat“, sagte Faeser am späten Samstagabend. Die Gesamtkosten des Abschlusses für die vereinbarte Laufzeit beläuft sich für den Bund auf rund 4,95 Milliarden Euro. „Wir sind den Gewerkschaften so weit entgegengekommen, wie wir es in schwieriger Haushaltslage noch verantworten konnten“, sagte Faeser.

Alle Parteien betonten den Kompromisscharakter der Vereinbarung. Kritik gab es von Gewerkschaftsseite vor allem an der Laufzeit von 24 Monaten. Mehr sei bei den Kommunen nicht durchzusetzen gewesen, sagte der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Ulrich Silberbach.

Es geht um das Einkommen von über 2,4 Millionen Tarifbeschäftigten der kommunalen Arbeitgeber und 134 000 des Bundes. Es ist aber zu bedenken, dass die Tarifeinigung für 2023 keine rentenwirksame Erhöhung der Tabellenentgelte vorsieht, sondern erst ab

1. März 2024. Die Tarifverhandlungen werden zwischen Bund und Kommunen geführt. Die Kommunen haben die weitaus größere Belegschaft und somit auch die größeren Auswirkungen der Tarifiergebnisse. Somit ist der Abschluss der Verhandlungen durch die finanzielle Not der kommunalen Arbeitgeber geprägt. Und dabei darf Folgendes nicht vergessen werden: Verhandlungsergebnisse sind Kompromisse.

■ Wie attraktiv ist der Arbeitgeber Staat?

„Höchste Zeit für den Arbeitgeber Staat“, titelt die Rheinische Post am 21. April 2023.

Einmal im Jahr lädt der dbb beamtenbund und tarifunion Politiker von Bund und Land nach Köln ein, um ihnen bei seiner Jahrestagung gehörig ins Gewissen zu reden. Seit Jahren gibt es dabei flammende, inzwischen wohl eher flehentliche Appelle, die drohende Pensionierungs- und Verrentungswelle endlich ernst zu nehmen. Doch bislang scheint der Staat die Dringlichkeit der Mahnungen seiner eigenen Beschäftigten nicht ernst zu nehmen. Das lässt sich etwa an der reflexhaften Entgegnung bei Tarifverhandlungen

gen ablesen, wonach der öffentliche Dienst ja nicht nur besonders familienfreundlich sei, sondern die Beschäftigtenverhältnisse auch sicher seien. Dass allerdings die Privatwirtschaft in Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Arbeitsplatzsicherheit den öffentlichen Sektor längst meilenweit überholt hat, verschärft die Situation zusätzlich. Dabei erfordern die großen Aufgaben wie die Gestaltung der Energiewende oder die Bewältigung der Flüchtlingskrise einen gut funktionierenden Staat. Der öffentliche Dienst muss deshalb eine Attraktivitätsoffensive starten, die ihresgleichen sucht. Es geht um mehr als ein oder zwei Homeoffice-Tage und ein auskömmliches Entgelt. Es geht darum, dass junge Menschen einen Sinn darin erkennen, sich für ihren Staat zu engagieren. Sie dürfen ihn nicht länger als ein langsames, überbürokratisiertes Ungetüm wahrnehmen. Dafür müssen aber den weihewollen Worten über die Entbürokratisierung und der Digitalisierung endlich Taten folgen. Erst wenn sich das Land als moderner, experimentierfreudiger Arbeitgeber präsentiert, der der eigenen Belegschaft Gestaltungs- und Entfaltungsspielraum gewährt, könnte es mit der Fachkräftegewinnung im sich verschärfenden Wettbewerb wieder funktionieren.

■ Diversifizierung im öffentlichen Dienst

„Unterschiedlich vielfältig – über den Stand der Diversifizierung im öffentlichen Dienst

und bei öffentlichen Unternehmen“ war die Überschrift beim **Behörden Spiegel** vom 11. April 2023.

Diversität ist ein wichtiger Bestandteil der sozialen Nachhaltigkeit. Seit Längerem bemühen sich Arbeit- und Gesetzgeber nun schon, die

Diversität in der Führungsebene zu erhöhen. Dass dieser Weg nicht ganz einfach ist, zeigt auch das Gesamtbild in öffentlichen Unternehmen, wo Diversität mal mehr, mal weniger erfolgreich Einzug gehalten hat. In den letzten Jahren stieg der Anteil an Frauen mit Führungsverantwortung in den obersten Bundesbehörden zwar, zuletzt um zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahr, aber das reicht nicht, um das gesetzte Ziel von 50 Prozent bis 2025 zu erreichen. Am weitesten von der Erreichung des Ziels entfernt sind der Bundesrechnungshof mit 32 und das Auswärtige Amt mit 30 Prozent Frauenanteil bei den Führungspositionen.

Die Vorsitzende der dbb Bundesfrauenvertretung, Milanie Kreutz, spricht sich daher für eine Kraftanstrengung in diesem Bereich aus, um das Ziel doch noch erreichen zu können. Ein weiterer wichtiger Bereich beim Thema Diversität in

der Führung sind öffentliche Unternehmen. Schließlich machen sie einen großen Teil staatlicher und kommunaler Arbeitsplätze aus, die gleichzeitig den Anspruch der Wirtschaftlichkeit erfüllen müssen. Wie auch bei den obersten Bundesbehörden zeigt sich schnell, dass zwischen den

nen Ziele zur Nachhaltigkeit der Unternehmen definiert und leicht zugänglich sind. Dr. Nicola Byok, Diversity-Managerin der Hamburger Hochbahn, erklärt, dass gewisse Aspekte auch unterbewusste Entscheidungen auslösten. Wenn zum Beispiel homogen für ein Unternehmen gewor-

„Einkommensrunden sind immer zäh. Aber dieses Mal war es besonders knifflig.“

dbb Chef Ulrich Silberbach

einzelnen Kommunen enorme Unterscheide bestehen. So haben beispielsweise Magdeburg und Berlin mehr als 36 Prozent Frauenanteil, wohingegen öffentliche Unternehmen in Heidelberg und Ingolstadt keine einzige Frau in der obersten Führung aufwiesen. Eine detaillierte Untersuchung der Gründe für den unterschiedlichen Fortschritt gibt es bislang noch nicht. Zumindest lassen Merkmale wie Branchenabhängigkeit oder die geografische Lage nicht auf eindeutige Zusammenhänge schließen.

Eine mögliche Erklärung für die drastischen Unterschiede könnten die Methoden und Ziele bei der Diversifizierung sein. Es gibt viele Ansätze und Strategien, um Führungsebenen zu diversifizieren. Prof. Dr. Ulf Papenfuß, Zeppelin Universität Friedrichshafen, spricht sich zum Beispiel für die flächendeckende Etablierung von sogenannten Public Corporate Governance Kodizes aus, in de-

ben werde, fühlten sich Leute, die aus diesem Schema herausbrechen, oft weniger angesprochen und würden sich gar nicht erst bewerben. Byok berichtet auch darüber, dass ohne die richtige Einstellung auch Gesetze und hochgesteckte Ziele die Diversität nicht erhöhen könnten. Durch eine Deadline oder eine zu treffende Quote könnten nämlich Initiativen angeregt werden. Damit die Ziele jedoch auch weiterverfolgt werden, sollte eine Diversity-Managerin oder ein Berater bestimmt werden.

Den einen Weg hin zu einer diversen Führungsebene gibt es scheinbar nicht. Es hilft also nur, weiterhin beim Thema auf einen möglichst breiten Maßnahmenkatalog zu setzen und sich aktiv um eine Diversifizierung zu bemühen. Dann könnten auch die Ziele für die nächsten Jahre erreicht werden.

Im Dialog mit ...

... Bernd Krösser, neuer Staatssekretär im BMI

Seit dem Ausscheiden des Amtsvorgängers war die Position des für den öffentlichen Dienst zuständigen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium lange vakant. Ende 2022 hat Bundesinnenministerin Faeser mit Bernd Krösser den ehemaligen Staatsrat für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg zum Staatssekretär im BMI ernannt.

Nun besuchte Bundesvorsitzender Frank Gehlen Staatssekretär Krösser, um sich mit ihm über die derzeit vielen offenen Punkte in der Bundesverwaltung auszutauschen.

Neben dem für die Bundesbeamtinnen und -beamten nicht nachvollziehbaren neuen Gesetzentwurf zum Disziplinarrecht forderte Gehlen Staatssekretär Krösser auf, sich für die Rückführung der Arbeitszeit der Bundesbeamtinnen und -beamten einzusetzen. Seit mehr als 15 Jahren seien es die Beamtinnen und Beamten, die für den Dienstherrn Bund in finanzielle Vorleistung gegangen seien, das müsse jetzt beendet werden. Zudem habe Innenministerin Faeser im Frühjahr letzten Jahres angekündigt, sich dieser Frage anzunehmen und Ende des Jahres

verkündet, das sei nicht die Zeit, darüber zu sprechen. Hier gehe, so Gehlen, weiterhin Vertrauen verloren. Bernd Krösser schilperte den damit aus Sicht des BMI konkurrierenden Personalbedarf, den man verschärfe, denn zur Reduktion gehöre auch, dass die Aufgaben durch andere zu erledigen seien.

Eine weitere Forderung des vbob stellte Frank Gehlen ebenfalls zur Diskussion. Es erschließe sich überhaupt nicht, warum die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage alleine geregelt werden soll, obwohl diese 1998 gemeinsam mit der Nachrichtendienstzulage gestrichen wurde. Der vbob fordert seitdem die Wiedereinführung durch die besondere, auch private Belastung bzw. Einschränkung der Mitarbeiterinnen und Mitar-



> Das Gespräch fand am 20. März im Büro von Staatssekretär Bernd Krösser im BMI statt.

beiter der Sicherheitsbehörden. Bizarriertweise sei die besondere Belastung zwar regelmäßig bestätigt worden, aber mit dem Verweis auf die dann ebenfalls einzuführende Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage und die damit verbundenen erheblichen Mehrkosten als undurchführbar bezeichnet worden. Gehlen verwies darauf, dass es für die Mitarbeitenden der Sicherheitsbehörden wie Hohn erscheinen muss, wenn jetzt

mal wieder die Argumentation gewechselt werde, erneut zulasten der Beschäftigten der Sicherheitsbehörden. Er forderte Staatssekretär Krösser auf, sich für die gemeinsame Wiedereinführung in der Bundesregierung einzusetzen.

Einige weitere Themen konnten nur kurz besprochen werden, sodass sich Bernd Krösser und Frank Gehlen zur Fortsetzung des wichtigen Dialogs verabredeten.

fg

> Besuch beim Kooperationspartner

vbob Bundesvorsitzender besucht die Debeka in Koblenz

In unserem Gespräch ging es um die aktuellen Herausforderungen in der #Gesundheitspolitik, das Zwei-Säulen-System aus #PKV und #GKV und die pauschale #Beihilfe.

Daneben haben wir uns intensiv über unsere Zusammenarbeit und inhaltliche Unterstützung der vbob Ansprechpartner in den Bundesbehörden bei fachlichen Themen wie Beihilfe und Versorgung der Beschäftigten und gemeinsamen Mitglieder ausgetauscht.

Die Gewerkschaft setzt sich aktuell für eine Anhebung der Löhne im öffentlichen Dienst (TVöD) ein und hat turbulente Wochen und Monate hinter sich. Vielen Dank für Ihren Einsatz für den öffentlichen Dienst. Das Füreinander zählt.



> Paul Stein, Mitglied des Vorstandes der Debeka, Frank Gehlen, Thomas Brahm, Vorsitzender der Debeka und Vorsitzender des PKV-Verbandes (von links)

© Debeka